

Volksrecht

für Schlesien - Organ für die werktätige Br

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
HEINIGKEIT

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.25 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleinanzeigen 5 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre: Postfachkonto: Breslau 58 52, Dr.

1 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter der Woche, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 5 Pf. Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, 217 39, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Untertagt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

13. Jahrgang

Montag, den 19. September 1932

Nr. 220

Wahlen am 6. November

Beschluß des Reichskabinetts über den Wahltermin

Amlich wird mitgeteilt:
Das Reichskabinett beschloß am Sonntag, dem Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum deutschen Reichstag vorzuschlagen.
Der 6. November ist nach der Auflösung des Reichstags der letzte nach der Verfassung zulässige Wahltermin. Doch die Herren Barone diesen letzten Termin wählen würden, war bei ihrer ausgesprochenen Furcht vor dem Parlament zu erwarten.

Neue Niederlage der Staatsanwaltschaft

Urteilspruch im Kanth-Prozess

Nach fast neunwöchiger Beratung fällte das Breslauer Sondergericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Raemp am Sonnabend in später Abendstunde ein Urteil, das von den unbeeideten Anträgen des Staatsanwalts erheblich abwich. Es wurden überurteilt; Genosse Weiß-Breslau zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis wegen schwerem Landfriedensbruch, Begehung politischer Gewalttätigkeiten und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Genosse Kamm-Kanth wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Landfriedensbruch zu 6 Monaten Gefängnis, Frau Anna Kuhl-Kanth wegen Beihilfe zum schweren Landfriedensbruch zu zwei Monaten Gefängnis, H. Altmann-Kanth wegen einfachen Landfriedensbruch zu 4 Monaten Gefängnis, Fr. Langner-Kanth zu 4 Monaten Gefängnis, Kurt Schubert-Kanth wegen Vergehen gegen die Waffen-Notverordnung zu 4 Monaten Gefängnis bei Freisprechung von der Anklage des Landfriedensbruchs.
Von den Nazi-Angeklagten wurden H. Vater-Kanth zu 5 Monaten, H. Kann-Kanth zu 4 Monaten und H. Schubert-Kanth zu 3 Monaten Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitz verurteilt.

Freigesprochen
wurden die Genossen Bläcke-Wellau, Adolf Schmid-Altendorf, Werner W. Jungmann-Kanth und von den national-, sozialistischen Angeklagten J. Kaiser-Kanth.

Das Urteil

wurde von Landgerichtsdirektor Raempf sehr eingehend begründet. Er unterstrich allgemein die Schwere der Verbrechen, über die Vorgänge ein klares Bild zu gewinnen, da die Mehrzahl der Zeugen durch politische Bindungen beiderseitig einseitig aussagten. Betonte aber, daß die Befundungen der beidseitigen Zeugen gleichmaßen bewertet worden waren. Im Tatbestand nimmt das Gericht an, daß beiderseitig Schmähreden ausgesprochen wurden, die Täuschlichkeiten aber von der Eisernen Front ausgingen, andererseits die Nationalsozialisten entgegen ihren Befundungen von der Front vor dem Haupte bewaffnet waren. Rechtlich sei von der Eisernen Front Landfriedensbruch begangen, wobei die Beteiligung von Bläcke und Schmid jedoch nicht ausreichend erwiesen wurde, Weiß hingegen sei durch die Festnahme identifiziert worden und habe sich überdies des Widerstandes (gegen Wachtmeister Wolff) und der Körperverletzung an Vater schuldig gemacht, wofür jedoch Tateinheit (bei getrennten Handlungen wäre die Strafe höher ausgefallen) angenommen und ihm mildernde Umstände zubilligt wurden, da er als älterer Mann noch unbekannt sei und in Erregung gehandelt habe.

Wesentlich wurden die Aussagen der angeblich unpolitischen Zeugen — hätte das Gericht die enge Verknüpfung dieser harten Leute mit den Nazis näher beobachten können, so wäre die Betonung ihres unpolitischen Charakters wohl kaum derart ausgefallen — den einzelnen Urteilen zu Grunde gelegt. So wurde auch der gänzlich unpolitische Jüngling Langner durch die Aussagen des Pastors Stainer als überführt erachtet und bei Frau Kuhl zwar nicht die im Sigen ausgeübte Rädelführerschaft, wohl aber Beihilfe zum schweren Landfriedensbruch — ebenfalls im Sigen vollbracht — angenommen. Bei den Nazi-angeklagten wurden die Angaben von Vater und Kann als widerlegt angesehen und Vater schwerer bestraft, da er als Führer eine größere Verantwortung trug.

Die Urteilsverkündung

war ursprünglich auf 17 Uhr angesetzt, verzögerte sich aber bis nach 21. Stunde wurden neue neue Schätzungen ausgegeben, während auf den Gängen Zuhörer, Anwälte, Pressevertreter aller Klassen und politischen Religionen in recht ge-

Uebergriff einer Naziregierung

Gewalttätige Maßnahmen der medienburgischen Regierung

Die medienburgische Hitler-Regierung hat die städtische Polizei der nationalsozialistischen Ordnungspolizei unterstellt. Diese Verfügung der Hitler-Regierung und ihre gesamte Willkürpraxis hat in weiten Kreisen der Bevölkerung größte Empörung hervorgerufen. Der Rat der Stadt Schwerin wendet sich energisch gegen die Verfügung, die mit der Verfassung nicht vereinbar sei. Der Stadtrat fordert die Zurücknahme der Anordnung.

verschiedenen Gruppen diskutierten, Rassen- und Klassenunterschiede sich verwickelten. Nur der Staatsanwalt hatte sich mit Herrn Reibitz zu einem späten Dämmerstapfen in ein nahegelegenes Restaurant begeben und hier wohl ein allerhöchst-offiziöses Lob für seine tapferen Haltung gegen alle „national-, sozialistische“ Zeugen entgegengenommen.

Für die Angeklagten war diese lange Wartezeit natürlich eine Folter, denn vor ihnen stand die Schrecknis kahler Strafankträge, die nicht nur Zuchthaus, sondern sogar Ehrverlust für unbescholtene Männer forderten, welche selbst ihre Schuld unterstellten, lediglich im politischen Streit kraßbar geworden sein konnten. Was das für staatsgefährliche Leute waren und wie sinnlos die lange Unteruchungshaft einzelner Angeklagter hier erscheint, kann man daraus ersehen, daß der kommunistische Angeklagte K. Schubert zwei Tage lang zu Fuß und dann mit einem ausgeliehenen Fahrrad aus Kanth zu der Verhandlung gekommen war. So sieht der Kommunismus aus, der nach den

Rundgebungen der Reichsregierung Preußens öffentliche Ruhe und Ordnung derart erschütterte, daß eine rechtmäßige Regierung entfernt werden mußte. Als endlich das Gericht erschien, waren die Angeklagten schon beinahe apathisch und nahmen den Spruch ohne sonderlich sichtbare Gemütsbewegung hin. Nur Frau Kuhl weinte vor Aufregung. Weiß verzog das Gesicht in seine Hände, während der junge Fr. Langner etwas ratlos um sich blickte und immer noch nicht recht begriff, wie er eigentlich Landfriedensbruch begangen haben soll.

Nach der Verlesung hob wieder das geradezu widerwärtige Schauspiel der Festnahme der Beurteilten an. Mit einem völlig überflüssigen Massenaufgebot von Polizei wurden die Beurteilten von den Freigeisprohenen gelondert und abgeführt, während die Zuhörer den Genossen Weiß und Pamel ein letztes „Freiheit“ zurliefen.

Im Ergebnis bedeutet dieses Urteil eine deutliche Niederlage der Anklagebehörde. Auch der des schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstands als überführt angesehene Weiß wurde weder mit Zuchthaus noch mit Ehrverlust, für den der Ankläger nicht einmal selbst eine Begründung zu geben für nötig erachtet hatte, belegt. Man wird nicht umhin können, festzustellen, daß das Gericht hier versuchte, objektiv zu einer objektiven Wertung der Kanther Straßenschlacht zu gelangen. Daß dies nicht reiflos gelungen ist, liegt teilweise wohl, wie wir schon sagten, an der Vorbereitung und der Einseitigkeit der Ermittlungen, zum anderen wohl auch daran, daß man hier Befundungen als unpolitisch wertete, die dieses Eigenschaftswort nicht verdienten. Die Beurteilung der Schießerei Vaters, der auch nach Auffassung des Gerichts mit einem scharfgeladenen Schießes Eis an seine Parteifreunde verkaufte, zeigt, daß man hier nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes allein, sondern in Erwägung einer Handlungsweise urteilte, die in der rechtlichen Definition Waffenmißbrauch nicht erschöpft ist. Wir werden übrigens auf das Thema Vater und die Zusammenhänge der Vorgänge in der Kanther Nazipartei vor der Straßenschlacht noch gelegentlich zurückkommen.

England gegen die deutsche Rüstungsnote

Deutschlands Verhalten als unweise bezeichnet — Deutschland habe kein Recht zur Aufhebung des Teil V des Versailler Vertrages

London, 19. September. (Eigener Funkenbericht.)

Die englische Regierung hat am Sonntag in Berlin eine Denkschrift über die deutschen Wehrforderungen überreichten lassen, die zugleich in England in Form eines Communiqués veröffentlicht wurde. Der Zweck dieser Denkschrift ist, die Entscheidung über die deutsche Forderung nach Genf zu verlegen und zwar in die Abrüstungskonferenz und auch in die demnächst beginnenden Verhandlungen der Völkerparlamentarier des Völkerbundes. Der französischen Regierung wurde bereits am Sonnabend von dem Inhalt der Denkschrift Kenntnis gegeben. In ihr wird nach einer Betonung der Bedeutung des deutsch-französischen Notenwechsels und des englischen Verlangens, die Abrüstungskonferenz zu einem Erfolge zu gestalten, folgendes gesagt:

Die Forderung der von Deutschland aufgeworfenen Frage in diesem Augenblick, kurz nachdem Deutschlands Gläubiger mit Rücksicht auf die deutsche Wirtschaftslage auf Reparationen verzichtet haben, erscheint unweise. Da sie aber nun aufgeworfen sei, präzisiere die englische Regierung ihrer Haltung folgendermaßen. Zunächst möchte sie klarstellen, daß ihrer Meinung nach der Abschluß einer bestimmten Abrüstungskonvention oder das Fehlen eines solchen Abchlusses Deutschland nicht berechtige, von Teil V des Versailler Vertrages zurückzutreten. Die englische Regierung fasse jedoch, wie das Communiqué nach dieser grundsätzlichen Erklärung sagt, das deutsche Verlangen nicht als juristische Folgerung aus dem Versailler Vertrag auf, sondern als eine Aufforderung zur Ausgleichung, die darauf hinführe, daß die deutsche Abrüstung des Versailler Vertrages als Vorläufer der allgemeinen Abrüstung gedacht war. Die englische Regierung wolle die Logik dieser Behauptung nicht bestreiten. Sie hoffe, daß trotz aller Schwierigkeiten auf der Abrüstungskonferenz in Genf ein umfassender und wirklich wertvoller Schritt der Abrüstung in quantitativer und qualitativer Art getan werden könne. Das Ergebnis kann aber nur erreicht werden, wenn sowohl Bedürfnisse wie Erwägungen aller 64 Staaten berücksichtigt werden.

Das Ziel ist im Falle der stärksten bewaffneten Mächte eine möglichst große Rüstungsbeschränkung und im Falle der weniger

stark gerüsteten jedenfalls keine wesentliche Aufrüstung. Es wäre in der Tat ein tragisches Paradox, wenn das Ergebnis der ersten Abrüstungskonferenz eine Rüstungsvermehrung und Wiederbewaffnung eines Staates sein sollte. England sieht daher als Ziel der Konferenz eine Konvention, durch welche jeder Staat im Einverständnis mit den anderen eine freiwillige Beschränkung auf sich nimmt, als Teil der gegenseitigen Verpflichtungen der Vertragspartner. Als Ergebnis der Konferenz wird daher keine Verschiedenheit des Status übrig bleiben. Die Rüstungen aller werden durch dasselbe Verfahren kontrolliert und Rüstungsbeschränkungen durch bestehende Verträge werden, soweit sie nicht im gegenseitigen Einverständnis modifiziert werden, im freiwilligen und umfassenden Vertrag wieder erscheinen, der jetzt in Genf abgeschlossen werden soll. Dieses letztgenannte Dokument wird dann alle bindenden Verpflichtungen enthalten. Diese Auffassung gibt nach Meinung der englischen Regierung die Antwort auf die von der deutschen Regierung am 29. August aufgeworfenen Fragen des Status. Fragen des Status im Gegensatz zu quantitativen Fragen schließen Ueberlegungen des nationalen Stolzes und der nationalen Würde ein, die das Herz eines Volkes berühren und eine Bitterkeit lebendig erhalten, die sonst freudigeren Gefühlen Platz gemacht hätte.

Die englische Denkschrift schließt, daher sollten diese Fragen freundschaftlich beigelegt werden, was nur durch Verständigungen, nicht aber durch Drohungen sich von den Verhandlungen zurückziehen, erreicht werden kann.

Es kann kein Zweifel sein, daß diese Note Englands eine schwere Schlappe der Regierung Paven darstellt.

Die englische Denkschrift über die deutsche Forderung auf militärische Gleichberechtigung wird von der Paven-Regierung aller Voraussicht nach nicht schriftlich beantwortet werden. Was dazu vom Standpunkt der Barons-Regierung aus zu sagen ist, dürfte der Reichsaußenminister, der sich zurzeit zur Völkerparlamentarier des Völkerbundes auf dem Wege nach Genf befindet, dem Außenminister in Genf mündlich mitteilen.

Papens Wirtschaftskaktion

Die besondere wirtschaftlichen Voraussetzungen der Aktion.
 A. Kr. Es wurde in dem ersten Aufsatze bereits betont, die Wirksamkeit jedes Versuchs einer Ankurbelung der Produktion auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung liegen auf der durch sie selbst erzeugten Steigerung oder Verherrlichung der Konsumkraft der großen Massen der lebenden Bevölkerung beruht, weil nur sie eine Belebung des Absatzes nicht nur der Konsumgüter, sondern gerade auch Produktionsmittel erzeugt. Denn Produktionsmittelherzeugung im Abhängigkeit für die Konsumgüter gibt es nicht, es gäbe es nur, wenn ein zu kleiner Produktionsapparat die angeforderten Konsumgüter vorhanden wäre. Solange Produktionsapparat aber zu klein ist, kann es notwendigerweise keinen Absatzmangel geben, weil dann ja naturnotwendig die Übersorgung des Marktes, aber nicht Ueberangebot besteht, denn also Absatzmangel besteht, wie zurzeit in höchstem Maße, ergibt das, daß überall da, wo er ist, der Produktionsapparat Verhältnis nicht nur zur vorhandenen, sondern auch zur möglichen Nachfrage zu groß ist.
 Infolgedessen ist die weitere Voraussetzung für das Wirksamwerden der Papen-Aktion, daß von ihr eine zu Konsumkraft erzeugende Wirkung ausgeht. Nun ist richtig, daß die Papen-Aktion umfassende Maßnahmen zur Belebung des Absatzes enthält, die nicht gerade jene Hauptvoraussetzung für den Erfolg der Aktion nicht gegeben. Denn einmal vermögen die Maßnahmen, die zu diesem Zweck getroffen werden, den Absatz an Konsumgütern in Wirklichkeit nicht zu beleben, und außerdem enthält die Aktion auch Maßnahmen, die gerade umgekehrt den Absatz an Konsumgütern droffeln müssen. Hier steht der tiefe Widerspruch, der auch die Aktion als solche zerreißt und sie um jede Wirkung bringen muß.

Die den Absatz anregenden Maßnahmen beziehen sich nämlich auf den Absatz von Produktionsmitteln. Die Steigerung des Konsumgüterabzuges soll erst später aus der Belebung der Produktionsmittelherzeugung folgen. Man übersehen dabei vollständig, wie oben geschildert, der Produktionsmittelabzug den Konsumgüterabzug voraussetzt. Gerade aus diesem Grunde ist ja der Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften öffentliche Arbeiten ins Auge, weil es sich hier um eine Produktion handelt, die von dem Absatz von Konsumgütern bis zu einem gewissen Grade unabhängig ist, da ihre Erzeugnisse gleich Produktionsmittel und Konsumgüter darstellen (z. B. Maschinenbau) bzw. nur solche Produktionsmittel (Medizinalwaren), bei denen noch Ausdehnung des Produktionsapparates zur Steigerung des Warenabzuges möglich ist, da hier die Eigenproduktion an die Stelle bisher eingeführter Waren treten kann. Handelt es sich hier um Produktion von Produktionsmitteln, für die das eben ausgeführte an sich wohl gilt, bei denen die Lage aber insofern eine grundlegend andere ist, als die Kapitale, die zu ihrer Herstellung aufgewendet werden, sich nicht so leicht zu rezentieren brauchen, sondern, privatrechtlich gesehen, wenn auch nicht volkswirtschaftlich, eine Zeitlang als verlorenen Kapitale gegeben werden. Das ist aber nur bei öffentlichen Arbeiten möglich.

Der Fehler der Papenaktion besteht demgemäß darin, daß das Pferd am Schwanz aufsäumt, d. h. daß sie ihre Bemühungen um Steigerung des Warenabzuges an der falschen Stelle ansetzt, nämlich bei den Produktionsmitteln der privaten Industrie, ohne vorher den Konsumgüterabzug zu beleben, ja während sie diesen sogar gleichmäßig droffelt. Die Papenaktion ist nämlich vor, den Unternehmern auf dem Wege des Kredits durch Bereitstellung der Steueranrechnungsscheine als Kreditgrundlage) Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen sie ihre Betriebe wieder instandsetzen sollen. Wenn solche Instandsetzungsarbeiten gemacht werden, würden allerdings andere deutsche Unternehmen dadurch neue Aufträge, also neuen Absatz bekommen. Aber Instandsetzungsarbeiten sind in größerem Maße volkswirtschaftlich doch nur dann nötig, wenn der Produktionsapparat, der instand ist, zu klein ist, während der deutsche Produktionsapparat in Wirklichkeit, wie der dauernde Absatzmangel zeigt, zurzeit zum mindesten im Verhältnis zur heute vorhandenen Konsumkraft zu groß ist. Was soll denn ein Unternehmer mit einem instandgesetzten Betrieb anfangen, wenn er für die mit ihm herzustellenden Waren keinen Absatz hat? Die Industrie ist selbst heute noch, nach der ungeheuren Einigungs- bzw. Zerstückelungsarbeit der Krise gerade in den Industrien, auf die es ankommt, gewaltig überbesetzt, noch ist demnach ein weiterer Abbau der Produktionsstätten notwendig. Diese ganze Aktion ist also überflüssig und eben deshalb muß sie unwirksam bleiben. Zum mindesten gilt das für den größeren Teil dieser Aktion. Die Absatzförderung gerade auch in den Produktionsmittelindustrien — in ihnen ist ja die Absatzförderung am stärksten und daher auch der Produktionsrückgang was wohl dazu verleitet hat, gerade hier zuerst den Sebel anzusetzen — beruht ja nicht darauf, daß den Unternehmern das Kapital fehlt, um ihre Produktionsstätten instandzusetzen, sondern beruht darauf, daß die Produzenten von Konsumgütern wegen des eigenen Absatzmangels keine Verwendung für instandgesetzte Betriebe haben. Deshalb werden alle die Anregungsmittel nicht verlangen, die Papen anwendet. Die Regierung Papen scheint das auch selbst zu fühlen. Sonst würde sie ja ihre Aktion nicht mit all den Hilfsmitteln versehen, die die Unternehmern veranlassen sollen, die zur Verfügung gestellten Steueranrechnungsscheine nun auch wirklich sofort flüssig zu machen und die auf diese Weise erlangten Mittel auf die von Papen genehmigte Art zu verwenden. Heute die Regierung nicht selbst derartige Zweifel, so wäre insbesondere der ganze verhängnisvolle Teil der Notverordnung mit seinem Lohnabbau und seiner Verzögerung des Tarifvertragsrechts völlig überflüssig. Dann wären auch die 700 Millionen Mark Prämien, die der Staat beschließt, überflüssig. Nein, was Papen erhofft, jetzt vor einer Steigerung der Konsumkraft voraus, eine Belebung des Konsumgüterabzuges. Für sie wird aber in der ganzen Papen-Aktion nichts getan, im Gegenteil; ihr wird so gar direkt entgegengehandelt. Die Folge wird sein, daß die Steueranrechnungsscheine zum größten Teil in den Schatteln der ersten Empfänger bleiben, oder sich in den Schatteln derer sammeln, die aus veränderlichen Gründen die Scheine in Zahlung nehmen müssen, um überhaupt bezahlt zu werden. Neue Mittel werden aber nur dann durch sie der Wirtschaft zugeführt, wenn man sie als Kreditgrundlage verwendet. Wenn der Empfänger des Scheines ihn nicht, so ändert sich bis zur Einlösung überhaupt nichts. Das

Die Blutschuld der Nazi-Mörder

Die Untaten der Ederförder SA erwiefen

Riel, 17. September (Eigener Drahtbericht)
 Ueber 100 Zeugen sind bereits im Ederförder-Prozess vom Sondergericht vernommen worden. Die Entlastungs-offensive der Naziverteidigung ist jedoch vollständig zusammengebrochen. Die Blutschuld ist von den Nazi-Mördern nicht abzuwaschen. Von den mitangeklagten Reichsbannerleitern ist, mit Ausnahme ihrer eigenen Aussagen, kaum noch die Rede. Wenn sie sich in der Abwehr des Naziskandals auf das Gewerkschaftshaus strafbar gemacht hätten, so hielte ihre Schuld zur Bedeutungslosigkeit herab angeht die riehlichen Ermordung ihrer beiden Kameraden durch die Nazi-banditen.
 Wie ihre Helfershelfer sie herauschwören wollen, zeigen folgende Zwischenfälle in der Freitagshandlung: Ein SA-Führer hat während des Sturmes etwas entfernt vom Gewerkschaftshaus gestanden und wie er sagt „beobachtet“. Dabei will er gesehen haben, wie aus einem Fenster zu ebener Erde eine schwere Art herausgeworfen wurde. Zu zwei neben ihm stehenden Marineangehörigen will er gelagert haben: „Nun sehen Sie sich doch bloß mal an, was für gemeine Instrumente die im Gewerks-

chaftshaus haben.“ Auf Vorhalt muß er aber zugucken, daß die Art herausgeworfen wurde, als die Nazis schon im Gewerkschaftshaus drin waren. Tatsächlich haben die Nazis mit dieser Art das Kasino zerstört.
 Ein zweiter SA-Mann will gesehen haben, wie der ermordete Buhs mit beiden Händen um sich schlagen aus dem Gewerkschaftshaus herauskam. Er sei plötzlich umgefallen. Daß er geschlagen wurde, will der Zeuge nicht gesehen haben. Als der Vorfall ihm aber sagte, daß er im Begriff stehe, einen Weineid zu leisten, gab der Zeuge sehr verlegen zu, daß er gesehen habe, wie SA- und SS-Leute auf Buhs eingeschlagen haben. Buhs hätte sich kaum gehrt. Der Zeuge blieb wegen dringenden Verdachtes der Mittäterschaft unbedeutend.
 Sehr schwer belastet wurden die Nationalsozialisten durch eine ganze Anzahl neutraler Zeugen. Die Zeugen haben schon auf der Holzrücke, wo der Kommunist Rosk über seinen und ins Wasser gedrängt wurde, Meßer in den Händen der SS-Leute gesehen. Ebenso haben Zeugen, wie bereits die SS-Leute beim Ueberklettern der Planke zum Gewerkschaftshaus Meßer in den Händen hatten.

Die harmlosen Lahusen's

Betrugsanfrage fallen gelassen

Einlage nur wegen Bilanzverschleierung und Untreue

Die „nationalen“ und nationalsozialistischen Brüder Lahusen haben es geschafft. Die Strafkammer in Bremen hat den Antrag des Staatsanwalts abgelehnt, gegen die Betrüger des Strafverfahren wegen Kreditbetrug und Kontursvergehen zu eröffnen. Uebrig geblieben sind nur zwei strafbare Handlungen: eine Bilanzverschleierung und Untreue in einem einzigen Falle. Ausgeschieden sind vor allem jene Anträge wegen Verschleierung von Millionen Mark an eine „Lochergesellschaft“ nach Argentinien, kurz vor der Bankrott-Erklärung.
 Die Lahusen, Freunde und Geliebte des Herrn Hitler, waren die Inhaber des größten Textilkonzerns von Europa, der „Nordwolle A.G.“. Fast eine Milliarde Mark sind durch den Konkurs dieses Konzerns verloren und Tausende von Arbeitern hrotlos geworden. Der Konkurs der „Nordwolle“ war die Ursache der Bankrotte und des Zusammenbruchs der „Danat“ am 13. Juli 1931. Tausende von Aktionären und Sparern des In- und Auslandes haben durch den Konkurs der Lahusen ihr Geld und ihre Ersparnisse verloren. Das Reich, d. h. die Steuerzahler, mußte mit Hunderten von Millionen Mark Stützungsgebern eingreifen, um den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands zu verhindern. So sehr hat der Kredit Deutschlands durch den Lahusen-Standard gelitten, daß die Regierung die härteste Bestrafung dieser Lahusen ankündigte. Das Ansehen Deutschlands und seiner Wirtschaft erforderte dies umso mehr, als diese Großbankrotteure ein Lügner und Verleumdender geleben geführt haben, wie es nur aus den Zeiten des untergehenden Rom und der französischen Könige vor 1789 bekannt ist.
 Nach 14 Monaten und vorher dem neuen nationalen Kurs sind die Nazi-Freunde aus Bremen endlich soweit, daß sie freigesprochen werden können. Zwei von ihnen sitzen zwar noch in Haft, aber Hitlers Leibarzt, der Nazi-Magardnete Grant aus dem Braunen Palais in München, der die Lahusen verteidigt, wird auch noch den Rest schaffen. „Das „Dritte Reich“, auf das die Lahusen ihr Geld und das sie aus durchsichtigen Gründen finanzieren halfen, ist zwar nicht gekommen. Die Barone haben sich vorher in das von Hitler bereitete Nest geküßt. Aber auch unter den Siebenzähligen läßt es sich für die glorreichen „Wirtschafts-führer“ gut leben.

Weshalb man mit den Nazis verhandelte

Staatsrat Schäffer über den Sinn der Koalitionsverhandlungen.
 Die politischen Parolen, die die Führer der Bayerischen Volkspartei in jahrzehntelanger Tradition jeden Herbst auf der Tagung des Bauernvereins in Tuntenhause ausgeben, waren diesmal weniger auf Kampf als auf Kompromiß und Reformen abgestellt. Als Redner vereinigte sich diesmal das junge und das alte Element, der gegenwärtige Parteiführer Staatsrat Schäffer und der alte Bauernführer Heim. Schäffer sprach politisch, Heim ließ dumme Redensarten los. Schäffer war es zunächst daran gelegen, die Aufregung in den eigenen Parteiereisen zu beschwichtigen, die wegen der Koalitionsverhandlungen mit den Nazis entstanden ist. Der Sinn der ganzen Besprechungen mit den Hofenkreuzfahrern sei gewesen, eine Parteidiktatur unmöglich zu machen und mit bestimmten Abmachungen die Kräfteverteilung so vorzunehmen, daß es einer einzelnen Partei nicht möglich sein sollte, die ihr als Regierungspartei andererseits Machtmittel des Staates durch einen Staatsstreich gegen die Verfassung zu mißbrauchen. Dabei wären die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Zentrum, Bayerischer Volkspartei und den Nationalsozialisten keineswegs verwischt worden.
 Der Notverordnung vom 4. September steht Schäffer mit größter Skepsis gegenüber. Das schlimmste sei, daß man für die nächsten fünf Jahre bestimmt mit Steuernachlässen rechnen, diese Nachlässe in bar schon jetzt vorzunehmen, obwohl nicht die geringste Sicherheit dafür bestünde, daß die öffentliche Hand nicht doch gezwungen sei, neue Steuern einzuführen oder die Wirtschaft mit sonstigen Maßnahmen weiter zu belasten. Wie gefährlich ein solcher Vorgriff sei, zeigte die Haushaltslage des Reiches, der Länder und Gemeinden, die alle große Gehbehänge aufweisen. Das Gesamdefizit der öffentlichen Staatsverwaltungen sei jetzt schon wieder auf weit über eine Milliarde angewachsen.

Wahltag der schwedischen Sozialisten

13 Mandate neu erobert

Am Sonntag fanden in Schweden die Neuwahlen zum Reichstag statt. Die Sozialdemokratie hat ihre bisherigen Stimmziffern in allen 28 Wahlkreisen stark vermehrt. Nach den vorläufig vorliegenden Ergebnissen dürfte sie in dem neuen Parlament 13 Sitze mehr als in dem alten erhalten. Vier davon eroberte sie allein in dem Wahlkreis Stockholm. Die Konservativen verlieren 14 Mandate. Die Sozialdemokratie ist und bleibt weitens die stärkste schwedische Partei und stärkste Fraktion im schwedischen Parlament.
 ertere wird aber in größerem Maßstabe wahrscheinlich nur bei faulen Kreditnehmern gesehen, die sonst über keine Deckungsmittel für jetzt schon benötigte Kredite verfügen. So werden zwar nicht gute Unternehmungen damit eine Produktionserweiterung vornehmen, aber es werden zur Ausscheidung reife künstlich am Leben erhalten. Deshalb sind Papens Erwartungen leere Illusionen, seine ganze Aktion schwebt völlig in der Luft.
 Ja gerade eines der Mittel, mit dem Papen den Produktionsmittelabzug steigern will, eben der Lohnabbau, sieht ihm notwendig den Boden unter den Füßen fort, indem er die Konsumkraft zerstört. Wie wird nämlich die Konsumkraft durch die Aktion beeinflusst? An sich würde zunächst die Kaufkraft wohl steigen, wenn es wirklich anläuge, neuen Arbeitermassen Arbeit zu verschaffen. Denn in diesem Falle würde die Kaufkraft der Arbeiterschaft um die Differenz zwischen Unterstützungen und Lohn, multipliziert mit der Zahl der neu Eingestellten, vermehrt. Wenn man die Größe dieser Summe beurteilen will, muß man einerseits in Rechnung stellen, daß die Unterstützungen in der letzten Zeit erheblich gekürzt wurden, andererseits aber auch, daß die neu eingestellten Arbeiter zum großen Teil nur zu gekürzten Löhnen und mit verkürzter Arbeitszeit neu eingestellt werden. Ferner werden dann aber gleichzeitig auch die Löhne der alten Arbeiter gekürzt. Und zwar in doppelter Weise: einmal durch Tarifsenkung, und sodann durch Einführung der Kurzarbeit. Diese Senkung darf allerdings nach der Berechnung jeweils nicht so groß sein, wie die Steigerung der Lohnsumme durch die Neueinstellungen. Aber da die Kaufkraft-Steigerung pro Mann ja nur gleich der Differenz zwischen dem gekürzten Lohn und der bisherigen Unterstützung ist, dürfte diese Senkung der Löhne der alten Belegkräfte jene Kaufkraft-Steigerung weit überlegen. Andererseits kommt allerdings als Kaufkraftsteigerung noch die Prämie hinzu, im Ganzen der Volkswirtschaft also bestenfalls 700 Millionen Mark. Das ist aber keine Steigerung der Konsumkraft, sondern der Produktionsmittelkraft, da diese Summe ja an die Unternehmer ge-

zahl wird. Wir glauben daher, daß es sogar noch zu optimistisch gerechnet wäre, wenn man annähme, daß sich diese verschiedenen Plus- und Minusposten auch nur ausgleichen, was bedeuten würde, daß, selbst wenn die ganzen 1500 Millionen Mark Steueranrechnungsscheine so verwendet würden, wie Papen hofft, die ganze Aktion ohne jede Steigerung der Konsumkraft verlaufen würde.
 Hierzu kommt noch, daß die Aktion auch Maßnahmen enthält, die ihrerseits die Konsumkraft weiter zerstören müssen. Das sind die Maßnahmen zur Drofflung der Einfuhr. Hier sind, wie sich jetzt zeigt, zum Teil sehr rigorose Maßnahmen, nämlich die Kontingentierung zahlreicher Einfuhrgüter, insbesondere agrarischer, aber auch industrieller, vorgehoben. Was ist deren Wirkung? Zunächst eine beträchtliche Preissteigerung aller kontingentierten Waren, wahrscheinlich auch noch weiterer. In ihrer Preisbildung mittelbar oder unmittelbar von dem Preis jener Waren abhängiger Waren. Soweit es sich dabei um Konsumgüter handelt, und das dürfte der Löwenanteil sein, verringert sie auch unmittelbar die Konsumkraft. Denn die Kaufkraft ist das Verhältnis zwischen den Warenpreisen und dem Einkommen. Gewiß würde dem zunächst (aber wie die Erfahrung zeigt, nur für eine gewisse Zeit) eine Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft in gewissen Grenzen gegenüberbestehen. Sie wird sich aber zum größten Teil nicht in größeren Warenabzügen, sondern, wie die Dinge heute liegen, in Schuldendrofflung umsetzen. Soweit es sich um Produktionsmittel handelt, verteuert sie aber weiter die deutsche Produktion, macht sie weniger konkurrenzfähig und gefährdet daher den deutschen Außenabz. Darüber hinaus aber muß eine solche Handelspolitik weitere scharfe Abwehrmaßnahmen des von ihr betroffenen Auslandes hervorrufen, was zu weiterem Rückgang der deutschen Ausfuhr führen muß. Der Widerstand der deutschen Exportindustrie gegen den Plan wächst denn auch von Tag zu Tag.
 So zerstört die Aktion der Papenregierung selbst die Voraussetzungen, die ihr erst Wirksamkeit verleihen.

Breslauer Nachrichten

Die Pflicht ruft!

Montag, den 19. September

20 Uhr, finden in nachstehenden Abteilungen

Allgemeine Abteilungs-Versammlungen

Thema: Reichstagsauflösung! Reichstagsneuwahl?

Alle Genossinnen und Genossen müssen die Versammlungen besuchen.

Redner und Totales siehe Sonntags-Ausgabe.

Briefkommissionsmitglieder

Die für Mittwoch angeordnete Sitzung der Gesellschaft und Briefkommissionsmitglieder kann nicht zu diesem Termin stattfinden.

Scheunenbrand in Vorwerk Johannisberg

Naturfreunde leisten erste Feuerhilfe!

Sonntag nachmittag gegen 18.30 Uhr ging das Gewitter über das Vorwerk Johannisberg nieder. Die von ihrem Wald zurückkehrenden Mitglieder und Gäste des Touristenvereins...

Hierzu meldet noch die Feuerwehr: Gegen 18.30 Uhr hatte der Blitz in dem Dominium Johannisberg bei Herrprotsch in die 20 mal 30 Meter große Scheune eingeschlagen und gezündet.

Feuerwehr rettet Gasvergiftete

Am Sonntabend, kurz nach 15 Uhr wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Friedriehstraße 46 gerufen. In einer im letzten Stockwerk des Grundstücks gelegenen Wohnung hatte sich der Wohnungsinhaber in selbstmörderischer Absicht mit Gas vergiftet.

Zodessprung auf der Treppe

Als am Freitag nachmittag die 78jährige Näherin Klara die Treppe des Hauses Feldstraße Nr. 28 emporstieg, erlitt sie einen Schwächeanfall und stürzte so unglücklich die Stufen hinunter, daß sie mit schweren Kopfverletzungen in das Allertal-Hospital geschafft werden mußte, wo jedoch nur noch der während des Transportes eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

„Genossen, wie marschier'n!“

Vormarsch der Roten Falken

Bezirkskonferenz und Helferschulungskursus der Arbeiterkinderfreunde tagte in Breslau

Vor neuen Aufgaben — Günstige organisatorische Erfolge

Unter Beteiligung von 100 Helferinnen und Helfern tagte am Sonnabend und Sonntag im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Bezirkskonferenz der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Die Tagung, die ein Sprechchor einer Breslauer Falkengruppe begrüßte und mit einem gemeinsamen Liebesingeleitet wurde, beschäftigte sich zunächst mit einem

Bericht vom Falken-Ostlager 1932

den der Bezirksvorsitzende Genosse Hugo Müller-Striegau erstattete. Ausführlich ging er auf die technische Durchführung des Schmieberger Kinderlagers ein, würdigte das Schaffen des Arbeitslagers der SAJ, das die Vorarbeiten geleistet hatte...

In längeren Ausführungen besprach Genosse Müller sodann auch die pädagogische Seite des Schmieberger Lagers und schloß seinen eingehenden Bericht mit der Hoffnung, daß die Kinderrepublik der roten Falken auch in Zukunft die Kräftequelle der sozialistischen Erziehungsbewegung der Arbeiterkinderfreunde bleiben mögen.

Eine Aussprache, an der sich die Genossinnen Schärtl-Breslau, Simmel-Breslau, Jabel-Breslau und die Genossen Weinberger-Berlin, Hirschberger-Waldenburg, Samann-Waldenburg, Mache-Striegau und Treuschtein beteiligten, beschloß die Sonnabendverhandlungen.

Selbstschulung

Den Hauptteil der Tagung am Sonntag umfaßte eine in deren Rahmen der Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft, Genosse Weinberger-Berlin, auch die nächsten Aufgaben der Arbeiterkinderfreunde mit der schlesischen Helferschaft besprach.

Zum Vergleichsverfahren des Konsumvereins „Vorwärts“

und das arbeitereindliche Verhalten der Spalder-Zeitung Mitgliederversammlungen in allen Stadtteilen finden demnächst statt

Unter dem Titel „Merkwürdige Methoden der Verwaltung des Konsumvereins „Vorwärts“ und des Treuhänders Voigt“ veröffentlicht die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ am 17. September eine Notiz, die geeignet ist, Verwirrung in die Reihen der Mitglieder und Sparer des Konsumvereins „Vorwärts“ zu bringen.

Es ist nicht beabsichtigt, seitens der Verwaltung und des Treuhänders bei der Abwicklung des Vergleichsverfahrens die Mitglieder und Sparer auch nur irgendwie auszuschalten. Wenn demnächst nur eine Versammlung der Warengläubiger einberufen werden ist, geschah dies aus Gründen, die wir im Interesse der Warengläubiger und Mitglieder heute öffentlich noch nicht behandeln können.

Darüber hinaus werden, nachdem Klarheit nach allen Richtungen geschaffen worden ist, Mitgliederversammlungen in allen Stadtteilen stattfinden. In allen diesen Versammlungen wird seitens der Verwaltung und des Treuhänders volle und reifliche Aufklärung gegeben werden. Es ist nicht richtig, daß sich die verantwortlichen Stellen des „Vorwärts“ vor irgendwelchen Vorwürfen scheuen. Im Gegenteil sind Verwaltung und Treuhänder sich einig in der Auffassung, daß nur reifliche Klarheit das Vertrauen erhalten kann, dessen weitere Existenz des Unternehmens im Interesse der gesamten Arbeiterkassen heute dringender denn je bedarf.

Wenn die Gläubigerversammlung erst für den 22. September einberufen worden ist und wenn ein eingehender Bericht erst in dieser Gläubigerversammlung gegeben werden kann und nicht schon vorher gegeben wurde, so liegt das an den Schwierig-

keiten und ein nach sozialistischen und pädagogischen Gesichtspunkten vertretbarer Kollektiv-Wettbewerb bilden. Eine Fülle der verschiedensten Anregungen für die kommende Winterarbeit in den Gruppen ließ die Notwendigkeit solcher Helferberatungen erkennen.

Organisationsstand

berichtete abschließend Genosse Pauze-Waldenburg. Seit der vor Jahresfrist erfolgten Parteipaltung, bei der lediglich ein Teil der Breslauer Helfer glaubte die Fahne der sozialistischen Erziehungsbewegung verlassen zu müssen, ist es im mittelschlesischen Bezirk rüstig vorwärts gegangen. Die Zahl der Ortsgruppen konnte von 33 auf 39 erhöht werden und demzufolge erhöhten sich auch die Zahlen der Elternmitglieder und der Falken, die in etwa 150 Gruppengemeinschaften gegliedert sind.

Im Rahmen dieser Berichterstattung nahm auch Genosse Weinberger das Wort und betonte, daß die Aufwärtsbewegung im ganzen Reich zu verzeichnen ist. Der Plan, den die letzte Reichskonferenz für das gesamte Reich stellte, zu der im Frühjahr 1933 zusammen tretenden Reichskonferenz 1000 Ortsgruppen müßten zu können, ist längst überholt. Bereits heute sind es 1002 Ortsgruppen im Reich, und die nächste Reichstagung wird nicht für 1000, sondern 1100 Ortsgruppen zu beraten haben.

Eingehend beschäftigte sich die Konferenz noch mit der Frage der Schülergemeinschaften und Vortrupps, die das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in letzter Zeit organisiert. Verschiedene Genossen vertraten die Auffassung, daß die sozialistische Erziehungsbewegung der Kinderfreunde nach pädagogischen Gesichtspunkten zu urteilen, in erster Linie zur Betreuung der Arbeiterkinder in Frage kommen müßte und daß die Organisationsleitungen alles daran zu setzen haben, auch die Führerstellen des Reichsbanners davon zu überzeugen, daß es Ueberorganisation bedeuten würde, eine neue Kinderorganisation zu schaffen. Genosse Weinberger berichtete über Verhandlungen mit dem Kameraden Hölttermann und die Konferenz war sich darin einig, örtlich und auch im Rahmen des Bezirks mit den Partei- und Reichsbannerinstanzen in Verbindung zu treten, um das Nebeneinander durch baldige Klärung zu beenden.

Die für die mittelschlesische Kinderfreundebewegung bedeutsame Tagung klang aus in einem Appell des Genossen Hugo Müller zu eifriger Mitarbeit der Helfer- und Elternschaft bei der bevorstehenden Reichstagswahl und dem gemeinsamen Gesang der Internationale.

leiten dieses umfangreichen Verfahrens, von welchem ein Personenkreis von fast 20 000 Menschen erfaßt wird. Daß zur Erledigung dieser notwendigen Arbeiten eine gewisse Frist notwendig ist, hat sogar das Gericht anerkannt, indem es eine Frist von 4 Wochen für die Begründung des Vergleichsantrages setzen hat.

Wir bitten unsere Mitglieder und Sparer sowie die gesamte Breslauer Arbeiterkassen sich nicht durch irreführende Meldungen verwirren zu lassen. Derartige Meldungen sind lediglich geeignet, die mit Erfolg angebahnten Verhandlungen zu stören und das Unternehmen und damit Mitglieder und Sparer desselben in ernsthafte Gefahr zu bringen.

Aus der obigen uns heute vom Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ ausgesandenen Notiz geht hervor, daß der Drei-Männer-Klub der „SAJ“ in Breslau die Schwierigkeiten, in welche der „Vorwärts“ geraten ist, zum Anlaß nimmt, um die etwas mager gewordene Parteiluppe wieder etwas aufzuwärmen zu lassen. Wir haben es nicht anders erwartet. Wie aus der Zuschrift des „Vorwärts“ hervorgeht, waren die Dinge, wie sie dargestellt sind, dem Rechtsanwalt Dr. Efstein bekannt. Wenn trotzdem in dieser irreführenden Art und Weise die Angelegenheit des „Vorwärts“ behandelt wird, so zeugt das davon, daß die Leute um Efstein entweder das Lesen verlernt haben und nicht begreifen können, was sich abspielt oder aber daß sie nicht begreifen wollen. Sollte das Letztere zutreffen, kann das Verhalten der „SAJ“ nur auf das allergeringste geachtet werden. Wir hätten uns nicht gewundert, wenn die Organe der Einzelhändler und Gemüßekrämer ähnliche Notizen bringen würden. Wenn aber eine Zeitung, die sich eine „Arbeiterzeitung“ nennt, böswillig gegen besseres Wissen derartige Verdächtigungen erhebt, grenzt das schon an schwerste Schädigung der Arbeiterinteressen. Jede Verwirrung, jede Vertrauenskrise kann das Unternehmen des „Vorwärts“ zusehends in Gefahr bringen. Wer

Sie sollen wissen

woran es liegt, daß Bulgaria Sport etwas so ganz anderes ist. Nur die weltberühmten bulgarischen Tabake können eine so milde und doch so gehaltvolle Zigarette schaffen.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria mit Sport-Photos 6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg.



Dummheit gegen Volksrechte

Die Zerstörung der gesetzgebenden Gewalt

Von Kurt Heintz

Der Artikel 1 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Der tatsächliche Zustand von heute ist, daß wir zwar noch eine Republik haben, aber die vom Volke ausgehende Staatsgewalt wurde nicht nur aufgehoben, es droht ihre Vernichtung. Wie ist das möglich? Kürzliche Zahlen zeigen uns den Weg jener Entwicklung.

Zur Weimarer Nationalversammlung wurden in Prozent an Stimmen abgegeben:

Table with 2 columns: Party name and percentage. Includes SPD (39,0), USPD (5,2), Sozialistische Linke (44,2), Zentrum (21,5), Staatspartei (17,7).

Weimarer Verfassungsparteien ... 83,4

Am 31. Juli 1932 wurden gegen den Weimarer Grundtat, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, die folgenden Stimmen abgegeben:

Table with 2 columns: Party name and percentage. Includes Nazis (38,2), Deutschnationale Volkspartei (6,2), Rechte Splitter (1,3), Für Rechtsdiktatur (45,7), KPD (14,5), Für Linksdiktatur (14,5), Gegner der Weimarer Verfassung (60,2).

Der eben aufgelöste Deutsche Reichstag hatte eine klare Mehrheit gegen gesetzgebende Volksgewalt. Dabei waren die Deutschnationalen mit ihrem Anteil von 6,2 Prozent für einen Erfolg nicht einmal notwendig. Allein die Nationalsozialisten und die Kommunisten zusammen verfügten über 52,7 Prozent der parlamentarischen Macht.

Die deutsche Reaktion hat sich immer über die Kommunisten gestützt. Noch bei der Präsidentenwahl, am 9. März 1932 schrieb die „M.Z.“ die Rolle des Kandidatenstandes der KPD, welche ausschließlich darin, zu verhindern, daß ein Marxist Reichspräsident wird. Damals zeigte noch das führende reaktionäre Unternehmerviertel, daß zahlenmäßig die Sozialdemokraten und die Kommunisten gemeinsam, zum mindesten im zweiten Wahlgang, mit der Möglichkeit eines marxistischen Reichspräsidenten rechnen dürften. Dazu sagte die „M.Z.“ triumphierend:

„Zum Glück aber ist es gelungen, bis zu den entscheidenden Wahlen dieses Frühjahrs die Spaltung des „marxistischen“ Protektariats in zwei Parteien zu konzentrieren, und die Feindschaft zwischen den beiden Gruppen ist so groß, daß die Gefahr einer roten Sammelkandidatur in Wirklichkeit weder jetzt noch im zweiten Wahlgang besteht. Ebenso wird sie bei den Preußenwahlen dazu beitragen, daß die schwache Mehrheit der Regierung Braun zerfallen wird. So kann die Sozialdemokratie durch die Schuld der Kommunisten ihre gewaltige Macht nicht für einen eigenen Kandidaten ausmünzen.“

Heute sind wir nur 180 Tage von jener Feststellung der „M.Z.“ entfernt. In der Zwischenzeit konnte die Reaktion einen Weg von Jahren im Geschwindschritt zurücklegen, gelang es ihr doch, außerdem noch die Kraft des zweiten großen Gegners der demokratischen Volksrechte für sich zu nutzen. Die Nationalsozialisten haben das Kabinett Papen in den Sattel gehoben. Sie erhielten dafür große und viel Geschenke. Der Reichstag wurde aufgelöst. Die kindlich dummen Nationalsozialisten glaubten, mit dem allgemeinen Wahlrecht die Demokratie erschlagen und sich die absolute Macht verschaffen zu können. Das Rechenexempel war falsch, wie die Tatsachen erwiesen haben.

Die Kommunisten hatten damit gerechnet, daß nicht einmal ihr Geschäftsordnungsantrag für die Forderung der Tagesordnung angenommen würde. Die Nationalsozialisten wollten irgendwie sich mit der herrschenden Gewalt in die Macht teilen.

Allein schon in Preußen lagen so viele Möglichkeiten für Posten und Einfluss.

Der dritte Hass der Demokratie, Hugenberg, nicht mit den Nazis und Nazis im Bunde, aber immer bereit, alle Kräfte gegen die Volksrechte zu nutzen, ergriff die günstige Gelegenheit. Auch das hätte noch keinen Erfolg gehabt, wenn nicht die politische Begabung des Chefs der derzeitigen Reichsregierung mit der parlamentarischen Erfahrung des neugeborenen nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten in der Qualität übereinstimmte. Aber das ist nur das Neuerliche. Das Entscheidende ist, daß wir heute eine Exekutive, also eine vollziehende Gewalt haben, der keine Legislative, keine gesetzgebende Gewalt, gegenübersteht und damit auch keine parlamentarische Kontrolle. Die Exekutive ist allmächtig und nur eingeschränkt durch die Verfassung, wie sie von ihr verstanden wird. Der Sinn der Demokratie ist, daß das Volk über sein Schicksal selbst bestimmt. Die Wahlen vom 31. Juli 1932 haben zwar eine Mehrheit gegen die Weimarer Verfassung erbracht, aber keine Mehrheit für ein besseres Regierungssystem. Die Folge ist, daß die Regierungsgewalt heute von unsichtbaren Kräften gestützt und erhalten wird. Dabei repräsentiert der Reichspräsident nur die staatsrechtliche Funktion. Er ist Vollzieher, aber nicht Schöpfer der Entscheidung.

Das ehrliche Bemühen der Sozialdemokraten um eine irgendwie geartete Verständigung mit dem Kommunismus hat durch die Ereignisse der jüngsten Zeit das schwerste Hindernis aufgerichtet bekommen, das man sich nur ausdenken kann. Noch jetzt benutzen die Nationalsozialisten und die Kommunisten im Weimarer Wechselspiel des Reichstages ihre zahlenmäßige Majorität, um auch diesen letzten Rest der Wahrung der Volksrechte zu zerstören. Die politische Dummheit wird gegen Volksrechte ausgeübt.

Mordhege der KPD

Im Ruhrbergbau stehen schwierige Schlichtungsverhandlungen bevor. Die Tarifparteien sind vom Schlichter zu Sonnabend, den 21. September, nach Essen zu Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitfreit geladen. Der Ausgang des Arbeitskampfes an der Ruhr dürfte mindestens wahrscheinlich für den Verlauf der in Kürze sich überall häufenden Tarifkonflikte bedeutsam sein. Diese Konflikte können für die Arbeiterklasse nur dann zu einem guten Ende gebracht werden, wenn sie möglichst geschloffen auftritt. Zusammenhalt ist jetzt, wo das Unternehmertum drauf und dran ist, das Tarifrecht zu zerbrechen, für die Arbeiter das Gebot der Stunde. Was machen aber die Kommunisten?

Schon im Mai hat im Ruhrgebiet die kommunistische Presse wochenlang die Gewerkschaftsjahres der Lohnraubs durch Geheimverhandlungen und des Arbeiterverrats bezichtigt. Und das ohne jeden Grund; denn damals gelang es den Gewerkschaften, die Lohnsenkungspläne des Branchenverbandes restlos abzuwehren. Den neuen Tarifkonflikt nimmt nun die kommunistische Ruhrpresse ebenfalls zum Anlaß, um die Gewerkschaften und ihre Funktionäre in der niederträchtigsten Art zu verleumben. Wieder redet sie täglich von Geheimabkommen, Lohnraub und Arbeiterverrat, obwohl noch kein Mensch weiß, wie der Tarifkonflikt verlaufen und das Ergebnis der Verhandlungen aussehen wird. Neuerdings steigert die kommunistische Presse des Ruhrgebiets ihre Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer sogar zu einer für mich neuen Mordhege. So brachte sie dieser Tage einen Artikel mit einem Bild von Hufmann, dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, worin diesem sündliche Verratspolitik vorgeworfen wird. Es wird in dem Artikel davon gesprochen, den Gewerkschaftsbürokraten sei das Kainszeichen des Verrats und der brutalsten Niedertrampeln der Arbeiterinteressen an die Stirn gedrückt. Mit dieser niederträchtigen Beschimpfung versuchen die Kommunisten die darstehenden Bergarbeiter gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre aufzuheizen.

Ein größeres Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung ist kaum denkbar. Ausgerechnet jetzt, wo die Arbeiterklasse mit aller Kraft ihre sozialen Erzeugnisse gegen eine Welt

von Feinden verteidigen muß und einen heroischen Kampf gegen die von Hitler an die Macht gebrachte Reaktion führt ... gerechnet in dieser schweren Zeit wissen die KPD ... nichts besseres zu tun, als eine Mordhege gegen die freigewerkschaftlichen Führer zu entfesseln ... Diese schamliche Rolle der kommunistischen Strategen läßt sich nur daraus erklären, daß sie organisatorisch völlig abgewirtschaftet haben. Weil sie nicht weiter wissen, haben sie allem Schrecken nach von Moskau aus von neuem die Parole erhalten, unter allen Umständen Unruhe zu entfesseln.

2450 000 Wohlfahrtserwerbslose

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (mit rund 25 Millionen Einwohnern) 1 580 000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden. Davon 674 000 Arbeiter, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Arzeneifürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden. Gegenüber dem Vormonat bedeutete dies eine Zunahme um 30 000 Wohlfahrtserwerbslose. Für die Gesamtzahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Rechnung zu stellen. Diese Zahl um rund 435 000 höher als die kürzlich im Halbjahresbericht des Reichsanstalts für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung bekanntgegebene Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen (2 018 000).

Die Differenz ist darauf zurückzuführen, daß auf Grund der neuen Verordnung über die Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen von den Arbeitsämtern nicht mehr wie bisher sämtliche von den Gemeinden laufend unterstützte Erwerbslose gezählt werden, sondern nur solche, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen (z. B. nur solche unter 60 Jahren, nur frühere Arbeitnehmer). Diese unvollständige Zählung des Personenkreises muß den Erwerbserwerbten, als ob die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen einer Prüfung erfahren hätte. Für eine derartige Auffassung bietet jedoch das Gesamtergebnis keinen Anhalt. Die Wohlfahrtserwerbslosenzahlen sind vielmehr in ständigem Wachstum begriffen und bilden nach wie vor für die Gemeindefinanzen eine ungeheure Gefahrenquelle.

40 000 Bekleidungsarbeitern ist der Tarif gekündigt

Der Arbeitgeberverband für die Herren- und Knabenkonfektion hat sowohl den Mantel- als den Lohnarbeitsvertrag für das ganze Reich zu Ende Oktober gekündigt. Betroffen werden davon etwa 40 000 Arbeiterkräfte. Die Löhne sind in diesem Jahr bereits zweimal gekürzt worden, und zwar insgesamt um etwa 25 Prozent.

Streit der Metallarbeiter wird weitergeführt

Der Streit der niederschlesischen Metallarbeiter geht weiter. Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallindustriellen Niederschlesiens hat den Vorschlag, den zum 31. Juli gekündigten Tarifvertrag bis zum 15. Oktober wieder in Kraft zu setzen, abgelehnt. Diejenigen Firmen, die nach kurzem Streit den Lohn in alter Höhe anerkannt, sind aus dem Arbeitgeberverband ausgegliedert. Bestreift werden weiter sechs Betriebe mit rund 1200 Arbeitnehmern, zwölf Firmen mit rund 1400 Arbeitnehmern zahlen den früheren Lohnsatz weiter. Bei mehreren anderen Unternehmungen laufen in den nächsten Tagen die Kündigungstermine ab. Eine Weiterarbeit in diesen Betrieben wird nur erfolgen, wenn sich die Arbeitgeber für die Fortzahlung der bisherigen Löhne entscheiden sollten.

Die Textilindustrie von Köln und Umgebung hat den Tarif zum 30. September gekündigt. Auch der Tarif für die Färbereien und chemischen Waschanstalten ist zum 30. September gekündigt worden. Die Unternehmer verlangen einen Lohnabbau von abermals 15 Prozent.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält in Düsseldorf vom 18. bis 21. Dezember seinen 13. Kongress ab.

Reichsarbeitsminister Schäffer wird auf der Tagung in Düsseldorf eine längere Rede halten.

Die Rohstoffeinführen nach Deutschland sind in einer schnellen Steigerung begriffen. Die Einfuhr von amerikanischen Baumwolle wird für die zweite Septemberwoche mit 61 000 Ballen angegeben gegenüber 39 000 Ballen in der selben Zeit des Vorjahres. Die Gesamtausfuhr von amerikanischen Baumwolle wird für die zweite Septemberwoche auf 803 000 Ballen gegenüber 489 000 Ballen im Vorjahr.

STADTHEATER

Montag, 20 bis 22.30 Der Opernball
Dienstag, 20 bis 23 Uhr Abonnement-Vorstellung A 2
Der Freischütz
Mittwoch, 20 bis 22.45 Abonnement-Vorstellung B 2
Sera Sinneremann

LOKETHEATER

Täglich 20.15 bis 22.45
Günther Anton Gilt
Schauspiel von H. S. Orner
GERHART HAUPTMANN
THEATER

CIRKUS BUSCH

Heute Montag ringen:
Entscheidung
Berling - Reiber
Giruchin - Bogakoff
Entscheidung
Kwanoff - Schütz
Entscheidung
Wagy Sander - Ahrens

Pfänder-Auktion
den 21. September
Leihhaus
Trebücker Str. 21

Preiswerte Möbel

aus meinem Möbelspeicher
Anzugsstisch 26.-
2 Nußb.- Bettstellen mit Pat. und Autl. 98.-
Rohrstühle 3,50
Spiegel, Nußbaum, mit Stule 45.-
Plüschsofa 50.-
Chaiselongue 19.-

Genossen

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Möbliertes Zimmer

von jungen Angehörigen ge-
sucht. Nähe Postplatz Se-
brüggen: Sander u. Angewieser-
Str. Angebote unter A 2762
an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Berlin

3 teils. Winter-
Kleiderkoffer

120 u. 130 cm. - 2. Bestell.
Lamp, 2 Koffer, 130 - 2.
Koffer, 4 Koffer, 50 - 30.
dem. Bekleidungs-Geschäft, 78.
an Lehmhann.

WAPPENHOF

4.45 Uhr Täglich 8.30 Uhr
Alfons Gaessig und 16 Solisten
Hermann Meier + Barring Brothers
Certs Bangs + Hill und Hill
Irmay Bird + Fredy Moreno + Meinard
Wappenhof-Woche.
Ab 7.30 Uhr:
Breslau größter BACC

2 x 1 = 1

Zwei Zeitschriften für
den Preis einer einzigen!

1 große Illustrierte
und
1 große Funkzeitung
m. Europaprogramm
beides „vereint“ im
Volkswacht

der jeden angenehm
überrascht und begeistert
Monatlich nur 96 Pfennig
einschließlich Bestellgeld
Probepost kostenlos durch

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Flurstraße 4

Tortmull in Ball, Huminal B

Humusdünger 8053
Düngemittel, organische und künstliche
Hornspäne - Knochenmehl
Schädlinge-Bekämpfungsmittel
Fixfertig, der fertige Raupentömling
„Verina“
Verkaufskontor für chem. techn.
Industrieprodukte und -Apparate
Breslau 6, Berliner Straße 59

So geht das nicht weiter!

Wir haben an der falschen Stelle gepart,
unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt.
Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen
wieder in der unentbehrlichen Volkswacht!

Gehepar sucht Leierzimmer

jedoch nicht über 20.- RM. monatlich. Off. mit
Preisangabe unter A 2761 an die Geschäftsstelle
der Volkswacht, Flurstraße 4, erbeten.

Dr. Böhm
Facharzt für Hautleiden und Geschlechtskrankheiten
Breslau Friedrich-Wilhelm-Straße 11

DAS FREIE WORT
FREIE WORT-VERLAGSBERLIN SW. SOULINDENSTRASSE 26
BRINGT STETS
DAS AKTUELLESTE
ZUM WAHLKAMPF
Bestelle es noch heute bei der
Volkswacht-Buchhandlung
Flurstraße 4, 6

20000 Schulen fehlen!

Aus der Bildungsarbeit der spanischen Republik — Die Propaganda der „Missionen“ Moderne Lehrerseminare

Die spanische Republik hat seit ihrer Errichtung mit dem wichtigsten Feinde jeden Fortschritts zu kämpfen: dem Analphabetismus.

Als erfahrener Kolonisationsleiter überseeischer Länder verstand Monarchie, Spanien die altbewährte Kolonisationsstafel: die Auswanderung der Eingeborenen und Unterdrückung ihrer Zivilisation und Kultur bei der Landarbeitererschaft aufs höchste zu kultivieren. Das Ergebnis 50 Prozent Analphabeten! 27.000 Schulen! Riesengroße Landbezirke, die niemals einen Lehrer gesehen haben! In einer Mittelstadt von 16.000 Einwohnern eine einzige staatliche Volksschule!

Schulreform ist die wichtigste Aufgabe der spanischen Republik! lautete die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien während der Diktatur. Heute aber, nach Beilegung der Diktatur, ist bei der Festlegung des Schulbudgets jede kleinste Summe dafür zu hoch. Und nur durch das Einspringen der Sparkassenbanken und Sparlaffen gelang es dem Unterrichtsminister die erforderlichen Summen für die Reform bereitzustellen. 7000 neue Schulen sind im Laufe dieses ersten Republikjahres geschaffen, die fehlenden 20.000 werden im Laufe der nächsten vier Jahre errichtet werden.

Früher lag das Unterrichtsweesen in Spanien fast ausschließlich in Händen des Klerus, für den es eine ansehnliche Verdienstquelle bildete. „Nur in den geistlichen Schulen können die Kinder etwas lernen“, Schulen, wie die staatlichen, in denen sonst gelehrt wird, müssen minderwertig sein, allein die schlechte Besoldung der staatlich angestellten Lehrer ist Beweis genug für ihre Ineffektivität an den Fortschritten der Schüler.“ So argumentierten die „Carras“ (Priester) — mit dem Erfolg, daß gläubigen Frauen ihre Kinder in die kirchlichen Schulen schickten und die Töchter der Geistlichen sich füllten. Die Monarchie, die sich mit der Kirche identifierte, förderte geistlichen Schulen, sparte sie doch dadurch Staatsgeld. Die Eltern aber konnten das Schulgeld für die geistlichen Schulen nicht aufbringen.

Als Hauptargument gegen die Schulreform diente den konservativen Parteien das Schlagwort von den „Arbeitslosen“, die gar keine Interesse haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken. „Wie ist diese Behauptung ist, wurde erst kürzlich bewiesen, als in der Provinz Alicante in einem Dorf von dreihundert Einwohnern drei (!) neue Schulen eingeweiht wurden, die Dorfbevölkerung, fast alles Sozialisten, aus eigenen Kräften und Mitteln errichtet haben. Bisher fehlte an jeder Unterrichtsmöglichkeit, die nächste Schule lag drei Stunden entfernt in der Markstadt. Die Regierung hat vier neue sozialistische Lehrer und drei Lehrerinnen entsandt, sowie Anreize für die Kinder mittelsloher Arbeiter gestiftet. Die Einführung ist mit größter Begeisterung in Gegenwart eines Regierungsvertreters vollzogen worden. Mit solchem Eifer vermag die spanische Bevölkerung überall die Kassierung des Analphabetentums.

Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die Republik nun die Höheren der Lehrer — vor allem um das Argument der Geistlichen: „Der schlechtbezahlte Lehrer kann nichts taugen“ zu entlasten — erhöht. Von 30.000 Lehrern insgesamt haben sich 21.000 an wesentliche Beträge verbessert. Allerdings ist ein anderer schwerer Vorwurf des Klerus, das Lehrermaterial der staatlichen Volksschule sei unzulänglich vorbereitet, nicht die Berechtigung. Um hier Wandel zu schaffen, veranstaltet das Unterrichtsministerium jetzt ständige Lehrerkurse, sogenannte „Missionen“ und pädagogische Wochen, die die Lehrer teils in Madrid, teils in den Hauptstädten der einzelnen Provinzen sammeln. Professoren und berühmte Pädagogen erteilen an verschiedenen Schulen Musterunterricht, halten Vorträge und diskutieren mit den Lehrern.

Anderer „Missionen“, die sich direkt an die Massen wenden, sind zur Propaganda auf die Dörfer. Sie führen Radioapparate, Filme, Bibliotheken mit; eine Theatertruppe junger Lehrerschüler gibt Klassikerdarstellungen. Die Bevölkerung soll durch die Propaganda näher mit dem neuen Regime zusammengebracht werden, der Analphabetismus verdrängt werden.

Vor allem aber muß junges Lehrermaterial möglichst schnell ausgebildet werden. In fast jedem größeren Provinzort ist bereits ein neues Seminar geschaffen worden. In Madrid wurden 15 Millionen Pesetas für 18 neue Seminare — zum 15. Oktober dieses Jahres in Betrieb zu nehmen — zur Verfügung gestellt.

Diese neuen Seminare sind auf der Basis der Gesamtschulbildung errichtet und in den Augen der spanischen Kreise Spaniens daher geradezu eine Ungeheuerlichkeit, die der „Sittenlosigkeit“ und „Verderbnis“ Vorwurf leistet. Die Lehrenderinnen- und Lehrerseminare hatten früher streng voneinander getrennt zu sein. Die Lehrerinnenseminare unterstanden dem Kommando, den Lehrerinnen. Jetzt werden die jungen männlichen Lehrer und Lehrerinnen — nach den modernsten pädagogischen Methoden und Grundsätzen — zusammen ausgebildet — es geht auch!

Zusammenstoß auf der Zugspitzbahn

Am Sonnabend abend gegen 6 Uhr sind bei der Station Zugspitzbahn der bayerischen Zugspitzbahn ein talwärts und ein bergwärts fahrender Zug aus bisher unbekannter Ursache zusammengestoßen. Eine ganze Anzahl von Personen wurden dem Unfall verletzt.

Im Krankenhaus in Garmisch befinden sich sieben Personen mit schweren Verletzungen. Lebensgefahr besteht bei ihnen vorerst nicht. Eine größere Anzahl von Reisenden erlitt leichtere Verletzungen und wurde sofort von den Sanitätsmannschaften in Sicherheit genommen. Von der Gendarmestation ist die Staatsanwaltschaft von München verständigt worden. Ueber die Ursache des Unfalls ist Näheres noch nicht bekannt.

Zu dem Unglück auf der Bayerischen Zugspitzbahn erfahren wir noch weiter, daß im Krankenhaus in Garmisch folgende Personen Verletzte eingeliefert worden sind: Lokomotivführer Franz Schöbel von Grainau mit schweren inneren Verletzungen, Lokomotivführer Michael Weidner von Grainau mit schweren Schnittwunden im Gesicht, Lokomotivführer Ludwig Höhn von Grainau mit einer Brustquetschung und Schädelverletzung, Brandhofer von Grainau mit Schnittwunden im Gesicht, wahrscheinlich auch Gehirnerschütterung. Von den Reisenden wurden drei mit schweren Verletzungen in das Garmischer Krankenhaus gebracht.

Raubüberfall auf einen Geldboten

2300 Mark geraubt

In Essen wurde ein Boten der Kruppischen Konsumanstalten, der aus einer Verkaufsstelle Geld abgeholt hatte, am Sonnabend vormittag von einem noch unbekanntem Täter überfallen, der ihm die Aktentasche entriß, in der sich 2300 Mark in bar und für 100 Mark Rabattmarken befanden. Der Räuber, der dem Boten in einem kleinen Auto gefolgt war, stieg an einer ihm passenden Stelle aus dem Wagen, schlich sich von hinten an den Boten heran und verpackte diesem mit einem Gegenstand einen Schlag auf den Kopf. Im gleichen Augenblick bemächtigte er sich der Aktentasche, schwang sich wieder in seinen Wagen und raste davon. Der ganze Überfall war das Werk weniger Sekunden.

Schweres Autounglück bei Kiel

Zwischen Breez und Reisdorf stieß in der Nacht zu Sonntag ein Personenkraftwagen mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Anprall der beiden Fahrzeuge war so heftig, daß die Deichsel des Fuhrwerks dem im Auto sitzenden Ingenieur Meß aus Düsteldorf den Kopf zerquetschte. Meß war auf der Stelle tot. Zu allem Unglück scheuten noch die Pferde; der Kutscher des Fuhrwerks, ein Händler aus Wakenborj bei Kiel, wurde vom Bod geschleudert und erlitt schwere Kopfverletzungen. Die Ursache des Zusammenstoßes dürfte in der schlechten Beleuchtung des Fuhrwerks zu suchen sein.

Udet vermißt

Der asiatische Teilnehmer der Grönlandexpedition, der Flieger Ernst Udet, wird seit mehreren Tagen vermißt. Udet hatte sich auf Anordnung der Expeditionsleitung an der Suche nach der vermißten, inzwischen geretteten Fliegerfamilie Hutchinson beteiligt. Er war die 2500 Kilometer lange Grönlandküste bis Angmagssalik, wo die „fliegende Familie“ verunglückte, entlanggefliegen. An dieser Strecke liegen keinerlei Siedlungen. Infolgedessen besteht zu Besorgnissen Anlaß.

Der Direktor der Verwaltung von Grönland, Oldenow, teilt mit, er sehe sich durch die in der Presse erschienenen Mitteilungen, daß der deutsche Flieger Udet in Grönland bei der Teilnahme an den Nachforschungen nach Hutchinson verschwunden sein soll, veranlaßt, mitzuteilen, daß der Verwaltung hierüber nicht das geringste bekannt sei. Die Verwaltung habe aus Nordgrönland keine Mitteilung erhalten, daß Udet von seiner Filmbasis gestartet sein soll, um an den Nachforschungen an der Küste teilzunehmen. Ebenjowenig liege von der Küste ein Rapport über seine Teilnahme vor. Schließlich sei weder bei der Verwaltung noch bei den Beamten in Grönland von irgendeiner Seite eine Aufforderung eingegangen, an eventuellen Nachforschungen teilzunehmen. Schließlich müsse noch mitgeteilt werden, daß die Verwaltung telegraphisch den Befehl des Landvogts von Nordgrönland eingefordert habe. Dieser habe telegraphisch, daß ihm nicht das geringste davon bekannt sei, daß Udet verschwunden sein soll oder daß Udet überhaupt an den Nachforschungen an der Küste teilgenommen habe.

Nazi-Verleumder vor Gericht

Auch am zweiten Tag des Berliner Polizei-Prozesses gegen die Berufsverleumder des Berliner Nazivorgans zeigte sich, daß alle Behauptungen über die angebliche „Chicagoer Korruption“ und „jüdische Mißwirtschaft“ der Berliner Polizei, mit denen die „Erneuerer Deutschlands“ monatelang treiben gingen, erlogen und erlogen sind. Es wurden eine Reihe mehr oder minder prominenter Zeugen vernommen. Sie sagten sämtlich aus, daß Dr. Weiß überhaupt nur ganz selten in Berliner Clubs gesehen wurde und dort noch viel seltener gespielt hat. Vor allem wurde auch darauf hingewiesen, daß in den betreffenden Clubs durchaus nicht „gewöhnheitsmäßig“, also nicht gewöhnlich gespielt wurde. Zu diesem Komplex wurden von der Verteidigung der nationalsozialistischen Angeklagten Krause und Lippert Fragen gestellt, die mit dem eigentlichen Prozeßthema — ob Dr. Weiß verbotene Glücksspiele geduldet oder einzelne Spielclubs zu Unrecht bevorzugt hat — nicht das Geringste zu tun haben.

Die Aussage des Zeugen Gordon, eines Vorstandsmitgliedes des Clubs „Bühne und Film“, warf auf den Wahheitsgehalt der nationalsozialistischen Verleumdungen ein kennzeichnendes Licht: „Ich habe Dr. Weiß vor etwa 30 Jahren kennen gelernt. Wir waren auch zusammen im Felde. Wir waren gut bekannt, aber nicht befreundet. Ich hatte gedacht, daß mich Dr. Weiß als Polizeivizepräsident schonend behandeln würde, wenn es um eine Klubkontrolle geht. Statt dessen wurde eines Tages der Club „Bühne und Film“ auf direkte Veranlassung von Dr. Weiß durchsucht. Der Club wurde zur Anzeige gebracht, es kam zum Prozeß, und ich mußte 500 Mark Geldstrafe zahlen. Ich war seit dieser Zeit sehr mühsam auf Herrn Dr. Weiß, habe nie wieder mit ihm verkehrt oder gesprochen, ja ihn sogar geschmäht. Es ist mir heute ein Bedürfnis zu erklären, daß mir mein Benehmen leid tut und daß ich anerkenne, daß sich Dr. Weiß vollkommen korrekt benommen und seine Pflicht getan hat.“

Ebenso rechtfertigte die Aussage des Leiters der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Scholz, das Verhalten des Nebenklägers Dr. Weiß. Der Zeuge führte aus, daß jene unstrittige Anordnung, die den Beamten des Spielbezirks ein maßvolles Vorgehen gegen private geschlossene Spielclubs empfiehlt, überhaupt nicht von Dr. Weiß, sondern von seinem Vorgänger in Umlauf gebracht worden ist.

Der nationalsozialistische Angeklagte Krause warf, wie üblich, nicht mit irgendwelchem Beweismaterial, sondern nur mit neuen Flegeln auf. Der geduldige Vorsitzende mußte ihn wiederholt verwarnen.

Flugzeugabsturz in Italien

Sieben Tote
Zwei Wasserkampfflugzeuge stießen gestern bei Spezia in der Luft zusammen, als sie aus Wasser niedergehen wollten. Sieben Personen wurden getötet.

Diogenes macht Schule



Die Wirtschaftskrise zwingt auch in Amerika viele Familien, aus ihren Wohnungen auszugehen. Bei der Stadt Vermillion im Staate Ohio haben sich einige findige Köpfe mehrere alte Weinfässer gekauft, in denen sie es sich wohlhabend eingerichtet haben und die Miete sparen.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Koltman



Eine halbe Stunde lang glitt man mit großer Schnelligkeit durchs Wasser, während allerlei blinkende Fische an ihnen vorbeischwärmten. Plötzlich wurde das Wasser tiefer, schmeckte auch salziger; man hatte die See erreicht. Sie fliegen ab von den Rachen; diese sollten hier warten. Dann spazierten sie über den Boden der See, bis P. auf einmal ausrief: „Oh, seht dort, wie schön“



In einem tiefen Teil der See zu ihren Füßen lag ein Feld mit prächtigen Blumen in allen Farben. Doch als sie näher kamen, lag hieremitt, daß sich all diese Blumen bewegen konnten: es waren keine Blumen sondern Tiere, und die schönen farbigen Blumenblätter waren ... Fangarme. Wenn ein kleines See-Tierchen magie sich darauf auszurufen, dann hielten die Fangarme es fest und das arme Tierchen wurde verschlungen.

Ein schwarzer Sonntag für Favoriten

Falke, Stern und Sturm geschlagen — W.F. endgültig Gruppenmeister Rot-Weiß Spitzenführer der II. Klasse

Der gestrige Sonntag stellte mit seinen Spielergebnissen die Lips der Vorwoche wieder einmal vollständig auf den Kopf. Mannschaften die vorher als sichere Sieger genannt waren, mußten sich durch Spielverluste und bessere Gesamtleistungen des Gegners geschlagen bekennen. Infolge Stoffandranges für das Europameisterschaftsspiel können wir selber heute nur einen Sammelbericht bringen.

Im Spiel Falke — Einigkeit lag Falke zur Pause noch in Führung, mußte aber dann durch einen 4:3-Sieg Einigkeits die erste Niederlage während der ganzen Spielfolge hinnehmen. — Union-Deutsch Bissa spielte weit unter seiner Form, so daß die überaus effiziente Rapidmannschaft ein 3:3 erzwingen konnte. — Obwohl W.F. auf eigenem Platz spielte, mußte sie zur Sportfreunde eine 2:1-Niederlage hinnehmen. — Mit demselben Resultat verlor auch Blauweiß-Strehlen, so daß damit die Aussichten für die Spitze endgültig geschwunden sind, die nunmehr W.F. absolut sicher hat und durch einen 3:1-Sieg über Weib befestigte. — Die Formverbesserung, die Sil. Rd. aufwies, scheint bereits vorüber zu sein, denn gegen Sparta verloren sie glatt 6:1 und kommen dadurch, daß Draxislawia Weib mit 2:1 schlug, sogar noch in Abstiegsgefahr. — Wader und Herta

trennten sich nach gleichmäßigem Spielverlauf unentschieden 1:1. — Stern dagegen mußte auf eigenem Platz eine 2:1-Niederlage durch W.F. hinnehmen. Größerer Spieler W.F.'s war für den Sieg ausschlaggebend, obwohl Stern in den letzten zehn Minuten äußerst drängte. — Einen überaus spannenden Kampf bekam man in dem Spiele 1930 — Sturm zu sehen. 1930, die außerordentlich gut in Form sind, brachten es fertig, bereits zur Halbzeit 2:0 zu führen und diesen Vorsprung zu einem 3:1-Siege auszubauen. Auf alle Fälle sollte aber 1930 die Mannschaft sein, die bei einigermaßen besserem Spielsystem eine große Zukunft hat. — Das ziffernmäßig höchste Resultat erzielte Sil. Rd., die 1921 mit 10:0 schlugen. — Eine der größten Überraschungen leistete sich Hundsfeld, welche sich von Lanitz mit 2:1 schlugen ließen. Damit sollte Hundsfeld die Aussichten, noch die Spitze zu erringen, endgültig begraben haben. — Rotweiß brachte es fertig, die auf eigenem Platz gefährliche Eiche-Trebnitz-Mannschaft mit 2:1 niederzurufen und dadurch die Spitze der zweiten Klasse wieder zu übernehmen. — Bei gutem Besuch und spielerisch wertvollen Leistungen gelang Rolenthal ein glatter 6:3-Sieg über Steine.

Serienbeginn der Handballer

Sonnenfische der Favoriten — 1. Abt. schlägt Freie Schwimmer doppeltstellig — Knapper Sieg der 3. Abt. gegen Stabelwitz — 7. Abt. schlägt 1897 erst in der letzten Viertelstunde

Schon am ersten Serienanlauf machten sich teilweise die Klassenunterschiede der zweiten Mannschaften, welche in die A-Klasse aufstiegen, bemerkbar.

1. Abt. I — Freie Schwimmer II 20:1 (11:1). In diesem Spiel hatte die 1. Abt. jederzeit das Heft in der Hand und gewann nach Belieben.

2. Abt. I — 2. Abt. I 11:9 (4:4). Bis zum Wechsel vollständig ausgeglichenes Spiel, wobei es jeder Mannschaft gelang vier Erfolge zu erzielen. Nach der Pause 2. Abt. besser. In wenigen Minuten wurde eine 8:5-Führung herausgeholt. Die letzten Minuten leitete 1925 zum Endpunkt an, es gelang ihnen durch gutes Kombinationspiel einen knappen, aber verdienten Sieg herauszuholen.

7. Abt. — 1897 I 16:10 (8:7). Schwerer als erwartet, hatte die 7. Abt. gegen die Athleten zu kämpfen. Schon in der zweiten Minute gingen die Athleten in Führung. Doch schon vom Anstoß weg gleicht 7. Abt. aus und schon eine Minute später liegt es 2:1 für 7. Abt. Durch gutes Kombinationspiel der 7. Abt. wird die Torzahl auf vier gebracht, aber in kurzer Zeit gleichen die Athleten wieder aus. Bis Halbzeit knappe Führung der 7. Abt. Nach der Pause wechselseitige Angriffe bis zum Ende von 9:8. Nun zeigt die 7. Abt. zum Endpunkt an und kann jetzt durch besserer Stürmerleistungen obigen Sieg herstellen.

Stabelwitz — 9. Abt. I 4:6 (2:5). Circa 200 Zuschauer waren bei diesem sehr flott durchgeführten Kampfe anwesend. Gleich vom Anstoß weg legt sich die 9. Abt. mächtig ins Zeug und kann bis zur Halbzeit eine 5:2-Führung herausholen. Nach der Pause wurde das Spiel ausgeglichen. Stabelwitz kann zwar zwei Tore aufholen, kann aber nicht verhindern, daß 9. Abt. mit einem sechsten Tor den Sieg sicherstellt.

6. Abt. II — Südost I 7:5 (4:3). Daß die 6. Abt. gegen Südost gewinnen wird, hat niemand erwartet. Südost zeigte nicht die gewohnten Leistungen und mußte einen knappen, aber verdienten Sieg der 6. Abt. überlassen.

Silvia-Riders I — 1. Abt. II 9:1 (5:0). Daß 1. Abt. gegen die Vereinigten nicht gewinnen wird, war voraussehen. Trotzdem hatte Silvia-Riders bis zur Pause hart zu kämpfen, um eine 3:0-Führung zu erzielen. Nach der Pause machte sich aber bei der 1. Abt. das sichere Tempo der ersten Hälfte bemerkbar. In regelmäßigen Abständen erhöhen die Vereinigten das Resultat auf neun. Kurz vor Schluss kommt 1. Abt. zum wohlverdienten Ehrentor.

5. Abteilung I — 5. Abteilung II 13:7 (7:2). 5. Abteilung hand gegen den Bezirksmeister schon von vornherein auf vorliegenden Posten. Die 6. Abteilung hatte leichte Arbeit und gewann nach Belieben.

5. Abteilung I — Deutsch-Bissa I 7:2 (4:2). Die 5. Abteilung hatte gegen Deutsch-Bissa hauptsächlich in der ersten Hälfte hart zu kämpfen. Der sehr gute Halbtritt konnte bis Halbzeit durch vier Tore der 5. Abteilung eine knappe Führung herausholen. Nach der Pause ist 5. Abteilung tonangebend, drei weitere Tore sind die Ausnahme.

Freie Schwimmer I — 4. Abteilung I 18:2. Durch diesen doppelstelligen Sieg bewiesen die Freien Schwimmer, daß in dieser Serie wieder mit ihnen zu rechnen ist.

1925 II — 3. Abteilung I 6:5 (2:3). Ganz überraschend kommt der Sieg von 1925 II. Nach zur Pause konnte 3. Abteilung 3:2 führen. Nach dem Wechsel gelang es aber 1925 durch unermüdbare Arbeit, einen knappen, aber verdienten Sieg herauszuholen.

Weitere Resultate melden: 1911 I — 8. Abt. II 9:4; 7. Abt. II gegen 1897 II 7:4; Stabelwitz II — Nordost I 13:1; Stabelwitz III — 6. Abteilung IV 7:3; Stabelwitz IV — Hundsfeld I 3:5; 1925 III — 2. Abteilung III 3:4; Stabelwitz Jug. — 4. Abteilung Jug. 6:2; 1. Abteilung Jug. — Freie Schwimmer Jug. 7:9; W.F. Jugend Sportlerinnen — 4. Abt. Sportlerinnen 2:0; 9. Abteilung Sportlerinnen — 2. Abteilung Sportlerinnen 7:0; Neufähr Schüler — Stabelwitz Schüler II 8:0; Stabelwitz Schüler I — 4. Abteilung Schüler I komplettes für Stabelwitz; 1925 Schüler I — 8. Abteilung Schüler I 10:2; 1925 Schüler II gegen Nordost Schüler 2:2; 7. Abteilung Schüler — 6. Abteilung Schüler II 6:2.

Regatta der Freien Rudervereinigung Breslau e. V.

Gestern fand die Regatta der Freien Rudervereinigung statt. Ziel war das Borsbrom am Weidenbaum. Es wurden 2000, 1000 und 500 Meter in den verschiedenen Klassen und Bootarten gestartet. Gegen 300 Personen folgten den zum Teil spannenden Rennen. Rennen I. Vierer-Kajak über 1000 Meter ausfallen. Rennen II. Vierer-Kajak, Männer-Klasse, 1000 Meter. Hier waren 3 Boote im Rennen. Das schnellere Boot erlangte die Führung durch die Mannschaft Fuchs, W.F., Knapp, Weller. Am Ende des 1000 Meter eine klare Führung und kommt mit Vorsprung ein.

Stetten

Handball

Handball-Bezirksspielaussch. Sämtlichen Vereinen in Abteilungen zur Kenntnis, daß die Spiele gegen 9. Abteilung alle auf Gegners Plätze ausgetragen werden, da der 9. Abteilung der Platz weggenommen wurde. — Jeden Montag muß auch von den Schüler spielen die Spielformulare abgegeben werden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

7. Abteilung. Freitag, den 23. September, nach dem Turn Handballerversammlung. Wer noch in der 3. Mannschaft spielen will, hat ebenfalls zu erscheinen. Pässe sind mitzubringen.

Wassersport

Freie Schwimmer. Treffpunkt für die am nächsten Sonntag stattfindende Vereinspartie ist früh 7 Uhr am Gewerkschaftshaus. Fahrstraße: Ratzenbrücke, Hundsfeld, Reute, Pöhl, Stampen, Döberle, Gutwohne. — Hier Mittagspause und Fahrt zur Abfahrt. — Zurück über Jachshönu, Dobrischau, Domasch, Hundsfeld, Pöhlendobad. Lampen mitbringen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau Jugendabteilung. Diesen Mittwoch wird das Thema „Wald und Mädel“ behandelt. Beginn 20 Uhr in der Benderschule.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Breslau. Abteilungen: Dhlauer Tor: 20. September: Abteilungsabend; Echos, Klosterstraße 125. Abteilung Gräbichen: 23. September: Ausfahrt, Start 16 Uhr am Vereinslokal. Abteilung: Nikolaikirche: 22. September: Ausfahrt, Start 16 Uhr. Straßgauer Platz. Abteilung Stadtmitte: 22. September: Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a. Abteilung: Döbertor: 22. September: Ausfahrt, Start 15 Uhr. Trebnitz Platz. Abteilung Scheitnig: 20. September: Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15. Abteilung Dürger: 20. September: Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße. Abteilung Friedewalde: 24. September: Abteilungsabend bei Köhler, Hundsfelder Straße Jugendabteilung: 19. September: Brettspiele im Heim, Friedrich-Wilhelmstraße. 21. September: Ortsgruppen-Jugendausflug im Heim, Mehlgasse 39. 23. September: Jugend-Vollversammlung im Heim, Mehlgasse 39. Kindergruppe: 22. September: Kinder-Abteilung im Heim, Mehlgasse 39. Kraftfahrerbund: 23. September, 20-21 Uhr: Jahlabend im Zentralklub, Westendstraße.

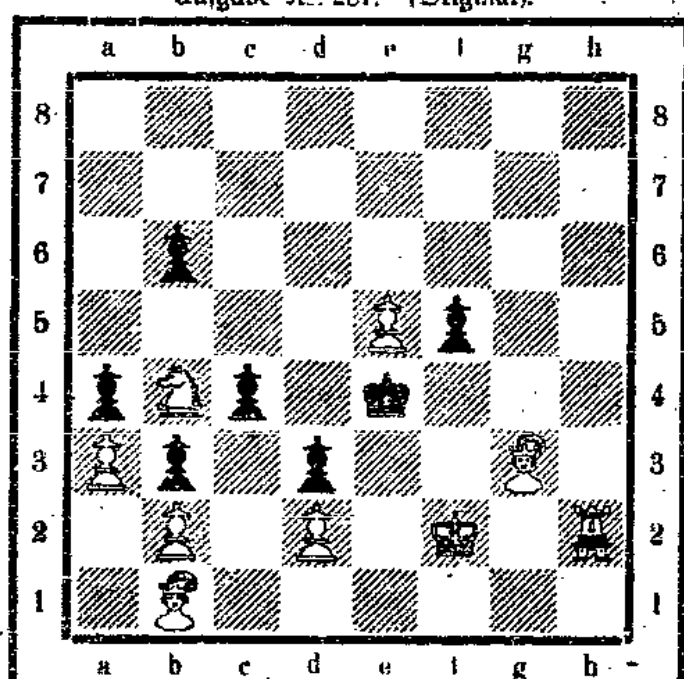
Wittels

Arbeiter-Athletenverein Breslau 1911. Heute Abend in der Turnhalle Liegnitzer Straße Ausgabe der Vorverkaufskarten zu Vereinsabende im Ringen am 2. Oktober. Das Gemischte wird am Donnerstag, den 29. September, 19 Uhr, ausgetragen. Wer kommenden Sonntag in Liegnitz startet, muß heute Abend seine Meldung abgeben.

Schach

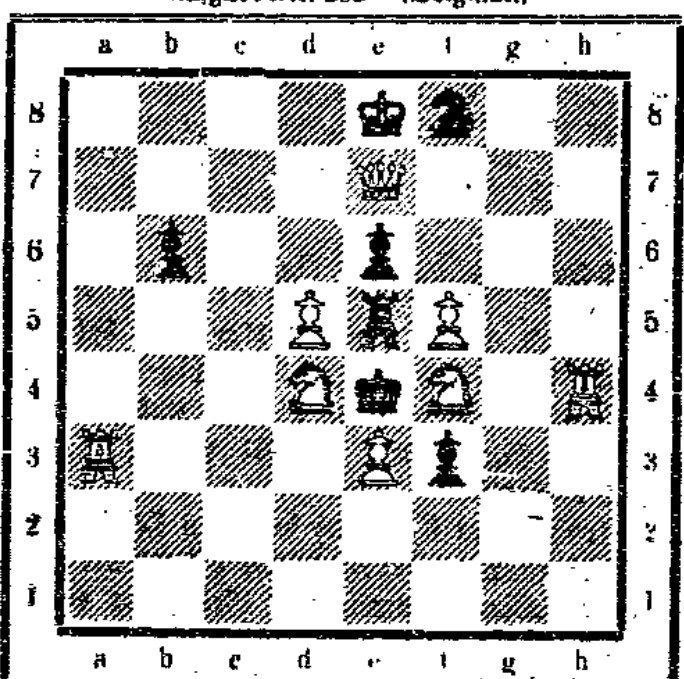
Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften und Lösungen an: R. Rittner, Breslau 17, Böhlenwitzer.

Problemlösungs-Turnier. Aufgabe Nr. 287. (Original.)



Matt in fünf Zügen.

Aufgabe Nr. 288 (Original.)



Matt in zwei Zügen.

Kontrolllösung: Nr. 287. Weiß: K12, Lb2, Lb1, g3, Sb4, Ba3, b2, d5 (9). Schwarz: Ke4, Ba1, b3, b6, c1, d3, f7 (7). — Nr. 288. Weiß: Ke4, Ta3, a4, Sd4, Ld4, Sd5, e3, f5 (9). Schwarz: Ke4, Te5, Sd8, Bb6, f3 (5). Lösung: drei Züge.

Mit den beiden heutigen Aufgaben ist leicht unser diesjähriges Lösungsturnier. Wir machen die Leser nochmals darauf aufmerksam, daß mit den beiden letzten Lösungen jeder Lösung das nach seiner Meinung beste Original angegeben wird. In der letzten Schachspalte muß es heißen: Zu welcher Stellung gehört dieses Problem? Nicht Spieler!

Sportlerjugend der Eisernen Front

Donnerstag, den 22. September, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Verammlung der Sportlerjugend sämtlicher Sparten. Redner: Genossen Junke und Herbert Löbe. Alle Sportlerjugendlichen, die den Beschlüssen der Zentralorganisationen gemäß, sich in die Junge Front und damit in die Kampffront der sozialistischen Arbeiterklasse einreihen wollen, sind willkommen. Organisationsausweise sind mitzubringen.

Achtung, Dresden-Fahrer!

Wir geben heute die Stellplätze und Abfahrtszeiten für die Fahrtteilnehmer bekannt: Stellplatz 1: Ring, Tankstelle. Abfahrt: 3:30 Uhr früh. Stellplatz 2: Striegnauer Platz. Abfahrt: 3:40 Uhr früh. Stellplatz 3: Leichter Keller. Abfahrt: 3:50 Uhr früh. Stellplatz 4: Deutsch-Bissa am „Deutschen Haus“. Abfahrt: 4 Uhr.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die genannten Zeiten Abfahrtszeiten sind, die innegehalten werden müssen, damit wir zu der in Dresden angemeldeten Zeit eintreffen. Den Anweisungen der Fahrleiter ist unbedingt Folge zu leisten. Bei Befolgen des Wagens muß die Fahrtteilnehmerkarte vorgezeigt werden. Da die Beträge nunmehr endgültig abgeschlossen sind, kann eine Zurückzahlung des Fahrgeldes bei etwaiger Nichtteilnahme nicht mehr erfolgen. Es besteht weiterhin die Absicht für Fahrtteilnehmer, die erst Montag von Dresden zurückfahren wollen, eine derartige Fahrt einzurichten. Die Mehrkosten in Höhe von einer Mark sind bei der Zwischenstation in Görlitz zu zahlen. Die Rückfahrt von Dresden am Sonntagabend ist auf 19:30 Uhr ab Standquartier, Kreisheim, Parkstraße 6, angelegt. Auch hier muß der Termin pünktlich innegehalten werden, um rechtzeitig in Breslau wieder eintreffen zu können. Eine besondere Bekanntmachung erfolgt noch in lokalen Teile der Arbeiterpresse.

Schiedsrichter-Vereinigung. Der nächste Schiedsrichter-Kursus findet am Donnerstag, dem 22. September, 20 Uhr, im Bezirkslokal statt. Wir bitten sämtliche Kursteilnehmer die Abänderung des Tages zu beachten. — Am Montag, dem 3. Oktober, ist im Bezirkslokal um 20 Uhr die fällige Vollversammlung.

Die Oberschlesischen Naturfreunde

tagen in ihrem Heim in Niederschwitz

Am 3. und 4. September rief die Hausleitung sämtliche ober-schlesischen Naturfreunde zu einer Bezirksführertagung nach dem schon gelegenen Heim in Niederschwitz. Zwar stand nur ein Thema auf der Tagesordnung: „Die Ausbildung des Führers“. Aber dieses Thema war derart reichhaltig, daß seine Behandlung durch Referenten und Teilnehmer sich bis in die späten Nachmittagsstunden des Sonntags hinzog. Freund Ohlorge gab hierzu noch einen kurzen Überblick über Landeskraftsunde und Bergsteigen. Dieser Überblick soll ein Leitfaden für die Arbeit der einzelnen Führer sein. Im Uebrigen ist die eingehende Behandlung der beiden letztgenannten Vorträge einer späteren Tagung vorbehalten.

Am Schluß der Tagung wies der Bezirksobmann Freund Kalbe in großen Zügen noch einmal auf die geleistete Arbeit der Tagung hin und brachte zum Ausdruck, daß das Gehörte sich in einer intensiveren Arbeit der Ortsgruppen bemerkbar machen möchte.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!